

Fahrradstraßen ja – aber rechtskonform, wirtschaftlich und ohne unnötige Baumfällungen

Wir begrüßen Fahrradstraßen ausdrücklich – sofern sie rechtssicher, wirtschaftlich und mit Augenmaß umgesetzt werden. Die Behauptung, wir würden Fahrradstraßen grundsätzlich ablehnen, wie sie von den Grünen und der Partei in den sozialen Medien verbreitet wurde, entspricht nicht den Tatsachen.

Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) stellt selbst fest: *„Insgesamt sind Fahrradstraßen aber eine der kostengünstigsten Maßnahmen zur Schaffung von Radverkehrsverbindungen und Radnetzen, da sie allein mit Beschilderung und ggf. Markierungen auskommt.“* Genau diese Auffassung vertreten wir seit Jahren und haben sie anhand verschiedener Beispiele – unter anderem aus Detmold – belegt.

Rechtlich verbindlich sind nach der Straßenverkehrs-Ordnung für Fahrradstraßen die entsprechende Beschilderung und gegebenenfalls Markierungen. Darüberhinausgehende Empfehlungen aus Leitfäden können Planungen unterstützen, entfalten jedoch keine rechtliche Bindungswirkung. Deshalb sehen wir keinen sachlichen Grund, aus einer Fahrradstraße ein millionenschweres Bauprojekt zu machen.

Die geplante Umgestaltung der Detmolder Straße und der Lindenstraße mit veranschlagten Kosten von rund einer Million Euro lehnen wir ab. Unser Wahlprogramm verpflichtet uns zu einem sparsamen und verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Gerade in einer Kommune, die sich in der Haushaltssicherung befindet, müssen Investitionen auf das Notwendige beschränkt bleiben.

Ebenso entschieden lehnen wir die geplante Fällung von sechs großen und gesunden Straßenbäumen ab. Diese Position wird neben uns auch von den Freien Wählern vertreten. Umso unverständlicher ist es, dass die Grünen die Baumfällungen ausdrücklich unterstützen, obwohl sie gleichzeitig öffentlich erklären, sich für den Erhalt bestehender Bäume einzusetzen. Aus unserer Sicht stehen diese Aussagen im Widerspruch zum gefassten Beschluss.

Bedauerlich ist zudem, dass Verwaltung und politische Mehrheit bislang keine ernsthafte Bereitschaft erkennen lassen, kostengünstige Alternativen zu prüfen. Zwar wird inzwischen überwiegend von einer „Mobilitätsachse“ gesprochen, tatsächlich handelt es sich jedoch um Fahrradstraßen, deren Umsetzung nach unserer Auffassung auch ohne umfangreiche bauliche Eingriffe möglich wäre.

Hinzu kommt, dass die Detmolder Straße bereits vor Jahren mit dem Ziel umgebaut wurde, die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu erhöhen. Nach den Daten des Unfallatlas gab es dort keine Unfälle mit Radfahrern oder Fußgängern – und dass, obwohl die Straße über Jahre hinweg auch von Linienbussen in beide Richtungen genutzt wurde.

Die aktuellen Planungen sehen unter anderem vor, die bewährte Vorfahrtsregel „Rechts vor links“ aufzugeben. Wir befürchten dadurch eine Verschlechterung der Verkehrssicherheit. Gleichzeitig gibt es Bereiche, in denen Investitionen deutlich sinnvoller wären. So wird die Haustenbecker Straße regelmäßig von Linienbussen befahren, während hinter dem Nahkauf Fuß- und Radwege fehlen. Insbesondere seit der Eröffnung des Sport- und Freizeitentrums wird dieser Abschnitt stark genutzt. Hier sehen wir einen echten Handlungsbedarf für mehr Verkehrssicherheit – auch wenn hierfür keine Fördermittel zur Verfügung stehen.

Nach den vorliegenden Planungen soll auch die Lindenstraße eine Fahrradstr. werden, Ende dann an der Kreuzung Germaniastraße. So entsteht eine Lücke in der „Mobilitätsachse. Im Rahmen des „Integrierten Städtebaulichen Entwicklungskonzepts (ISEK)“ sind hierfür weitere bauliche Maßnahmen vorgesehen, unter anderem an der Kreuzung Parkstraße/Rosenstraße. Die Rosenstraße wird auch umgebaut. Für diese Projekte werden rund zwei Millionen Euro veranschlagt; der Eigenanteil der Gemeinde soll etwa 780.000 Euro betragen. Insgesamt entstehen der Kommune damit für eine rund zwei Kilometer lange Mobilitätsachse Kosten von nahezu 900.000 Euro.

Während notwendige Investitionen an anderer Stelle aus finanziellen Gründen zurückgestellt werden müssen – etwa bei der Sanierung und Ausstattung von Spielplätzen, deren ursprünglich vorgesehene Mittel auf mehrere Standorte verteilt wurden –, sollen gut ausgebaute Straßen mit hohem finanziellem Aufwand umgestaltet werden. Diese Prioritätensetzung halten wir für falsch.

Unser Standpunkt ist klar: Fahrradstraßen ja – aber entsprechend der rechtlichen Vorgaben, wirtschaftlich, ohne unnötige Millionenausgaben und ohne die Fällung gesunder Straßenbäume.